

Die Hochverratsbestrebungen im Rheinland.

Die Verhandlungen im preussischen Parlament.

Berlin, 28. Mai. In der Sitzung der preussischen Landesversammlung wurden die Anträge wegen der Bestrebungen zur Gründung eines neutralen Rheinlands verhandelt. Der Demokrat Janien warf der Regierung vor, daß sie sich um die Einmüchtung der rheinischen Bevölkerung nicht kümmere. Froberg habe bei den Verhandlungen zwischen dem General Mangin und den rheinischen Parlamentariern eine führende Rolle gespielt. Bei einer Loslösung des Rheinlandes würde eine starke Aredente entstehen. Der Deutschnationaler Klingemann meinte, nach der Erklärung des Rheinlandes vom 25. März habe man geahnt, daß von einer weidentischen Republik nicht mehr die Rede sei; die Zukunft des Rheinlandes sei mit Preußen-Deutschland untrennbar verbunden.

Im Verlauf der Debatte ergriff der preussische Ministerpräsident Siegel das Wort und führte u. a. aus: Verschiedene deutsche Politiker, darunter auch Mitglieder der preussischen Landesversammlung, hätten sich mit den Feinden verhandelt, wobei nicht nur eine Aufhebung der französischen Besatzung, sondern gerade eine Erleichterung der feindlichen Bestrebungen in der Richtung auf Schaffung eines selbständigen Rheinlandes angedeutet wird. Er könne nicht sagen, ob das Material zu einer Klage wegen Hochverrats ausreiche. Nach einem neuen Bericht über die Verhandlungen in Mainz habe General Mangin die Ansicht ausgesprochen, daß die Sozialisierung in Deutschland die Ordnung sichern würde. Der neue Rheinbund solle neutral werden und dem alten Rheinbund untergeordnet. Deutschland solle das Recht zum Mitsprechen haben. Wenn diese mitgeteilten Tatsachen richtig sind, dann liegt allerdings Hochverrat vor und dann werde die Regierung von ihren Mitteln Gebrauch machen. Er bezweifelte an den Verhandlungen, wobei zweifellos eine schwere Schuld am ganzen deutschen Volk sei, indem sie die französischen Bestrebungen bestärken. Die deutschen Machtbereiche auf das rechte Rheintal zu beschränken. Ein ähnlicher Vorstoß könne sich außerhalb des Verbandes des Deutschen Reiches überhaupt nicht halten. Verschiedene Bestrebungen des Rheinlandes meinen darum hin, daß diese neue Staatsbildung sich außerhalb des Rahmens des Deutschen Reiches vollziehen solle. Die Regierung sei sicher, daß diese Bestrebungen von der Bevölkerung im großen ganzen abgelehnt würden und daß dem Reiche bei weiteren Verhandlungen das deutsche Selbstbestehen des ganzen Reiches entgegenstellen würde. Die Rheinlande könnten sicher sein, daß die rheinische Verwaltung von Seiten des Reiches neuen Männern übertragen werden würde, die alleinstimmiges Vertrauen genießen und für festen Zusammenhalt des Rheinlandes mit dem übrigen Reich Bürgschaften bieten.

In weiteren Redebeiträgen kam es zwischen der äußersten Linken und der äußersten Rechten zu imerregten Zusammenstößen, die die Verhandlungen in dem Innern zeitweise völlig unterbrachen und es bald zu Landungens kam. Der Grund dazu war ein idarier Vorstoß des unabhängigen Abg. Zöcker, der behauptete, daß die rechtsstehenden Parteien an dem heutigen Abend die Schuld trügen.

Nach der Beendigung der Anträge führte der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei Dr. Koble aus, daß es sich nur um eine kleine Etappe handele und daß der Mann, der in erster Linie genannt wird, ein erst vor kurzem nach Wiesbaden verzogener Staatsanwalt sei. Ein neutraler rheinischer Staat unter dem Schutze des Völkerbundes sei Landesverrat. Der Zentrumsabgeordnete Gerold erklärte, daß das Zentrum von den Bestrebungen in Mainz keinerlei Kenntnis hatte.

Die Haltung der Reichsregierung.

Berlin, 28. Mai. Die Reichsregierung erläßt folgende Erklärung: Nach zuverlässigen Nachrichten besteht der verbrochene Plan, die Provinz Rheinland zu einer selbständigen Republik umzuwandeln. Verfassungsmäßig bildet die Provinz Rheinland einen Bestandteil des preussischen Staates. Wer es unternimmt, diese verfassungsmäßigen Zustände durch Loslösung der Provinz Rheinland vom preussischen Staatsgebiete zu ändern, macht sich des Hochverrats schuldig. Der nach § 81 des Reichsstrafgesetzbuches mit lebenslänglichem Zuchthaus oder lebenslänglicher Festungshaft bestraft wird. Die Strafverfolgungsbefugnisse sind verpflichtet, gegen jeden an den hochverräterischen Umtrieben Beteiligten mit der vollen Schärfe des Gesetzes einzuschreiten.

Protest der Sozialdemokraten.

Berlin, 28. Mai. Die Sozialdemokratische Partei in Köln hat für die nächsten Tage große Protestversammlungen gegen den hochverräterischen Plan einberufen, das Rheinland von Deutschland zu trennen. Das Kabinett hat sich gestern Abend mit den Vorparlamenten in Mainz, Koblenz und Köln befaßt. Dabei ist der Gedanke der Ernennung eines Staatskommissars diskutiert worden, da diese Einrichtung sich in Schleswig und Oberösterreich bewährt hat.

Die Haltung des rheinischen Zentrums.

Frankfurt a. M., 28. Mai. Nach zuverlässigen Mitteilungen aus Koblenz hat dort noch keine Ausrufung einer rheinischen Republik stattgefunden. Die Zentrumsführer haben sich kräftig gegen diese Bestrebungen ausgesprochen und würden sich nur einverstanden erklären, wenn die Ausrufung von der deutschen Nationalversammlung und der preussischen Landesversammlung ausgeht und im Friedensvertrag ausdrücklich festgelegt würde.

Die Friedensverhandlungen.

Die Ueberreichung der deutschen Gegenentwürfe.

Verailles, 28. Mai. Reichsminister Graf Brockdorff-Rantzau hat heute namens der deutschen Friedensdelegation dem Ministerpräsidenten Clemenceau den ersten Teil der ausführlichen deutschen Denkschrift zu dem von den Gegnern überreichten Friedensvertragsentwurf mit einer kurzen Begleitnote übermitteln. Der Rest der Denkschrift wird am Donnerstag vormittag übergeben, zusammen mit einer die Grundgedanken und Vorschläge der Denkschrift erläuternden Mantelnote.

Verailles, 28. Mai. (Neuer) Der zweite Teil der deutschen Gegenentwürfe wurde auf dem Sekretariat der Konferenz heute nachmittag um 2 Uhr 15 Min. übergeben.

Die deutsche Gegenforderung.

Amsterdam, 29. Mai. Aus Paris wird gemeldet, daß die Deutschen eine Gegenforderung von 12.850.000.000 M. für den durch die Blockade angerichteten Schaden überbringen. Dieser Betrag soll von der Entschädigungssumme, die den Verbündeten zu erstritten ist, abgezogen werden.

Abreise deutscher Delegierter.

Verailles, 28. Mai. Heute nachmittag sind 30 Mitglieder der deutschen Friedensdelegation, in der Hauptrolle Zander, im Sonderzug nach Deutschland zurückgekehrt, da ihre Aufgabe, nämlich die Ausarbeitung und Vorbereitung der großen Denkschrift, erledigt ist. Mit dem heutigen Abendzuge werden noch einige weitere Mitglieder der Delegation in die Heimat zurückreisen.

Die Adriafraße.

Verailles, 28. Mai. Der „Matin“ meldet, daß Orlando sich zu weitgehenden Zusicherungen auf der Grundfrage der vom Obersten Soule vorgeschlagenen Transaktion bereit erklärte, gemäß welcher Rom eine Freistadt wird, die diplomatisch von Italien vertreten ist. Dalmatien wird Südbosnien überlassen mit Ausnahme der politischen Bezirke Zara und Sebenico. Dieser Vorschlag ist das Höchstmaß italienischer Zugeständnisse. Wilson versuchte in langen Ausführungen, Orlando zu überzeugen, er möge sein Land zu viel größeren Verdienstleistungen veranlassen. Orlando antwortete, das sei unmöglich. Man bemüht sich weiter, den Konflikt beizulegen, wobei namentlich Clemenceau und Lloyd George eine große Tätigkeit an den Tag legen.

Die Kundgebungen zum Friedensvertrag Die Ostmark.

Marienburg, 28. Mai. In letzter Stunde vor den größten Entscheidungen der Weltgeschichte versammelten sich die Vertreter der deutschen Volkskräfte aus Polen und Westpreußen sowie der entsprechenden Organisationen aus Ostpreußen, um Resolutionen für die Verhandlungen der nächsten Tage zu gewinnen. Sie faßten folgenden Beschluß:

Wir stehen unerschütterlich fest auf dem Boden, daß der uns angebotene Friedensvertrag unbedingt abzuwehnen ist. Wir erkennen demgegenüber an, daß der Gegenentwurf der deutschen Reichsregierung geeignet ist, die Grundfragen der Wilsonschen Ideen in die praktische Politik einzuführen, weisen aber darauf hin, daß auch eine teilweise Annahme davon in den besetzten Gebieten der Provinz Posen den Feind in sich trüge für die Verewigung des deutsch-polnischen Streites, für die Verewigung des nationalen Hasses und der Zerstückung mit allen ihren bösen Folgen für die gesamte Kultur der von Deutschen und Polen bewohnten Gebiete. In dieser Lage wenden wir uns noch einmal an sämtliche Bewohner des deutschen Ostens ohne Unterschied ihrer Unterwerfung mit der Aufforderung, die Frage der Ostmark nicht von außen regeln zu lassen, sondern durch einen Ausgleich von der Bevölkerung der betreffenden Gebiete selbst. Im deutsch-polnischen Ausgleich werden die kulturellen Güter, die wirtschaftlichen sowohl wie die geistigen, beider Nationalitäten am besten geschützt werden im Rahmen eines großen freien Reichsstaates, der die Gleichberechtigung der Nationalität unbedingte macht. Wir erwarten, daß das polnische Volk uns durch Ablehnung dieses Friedensvorschlages nicht angingt, unsere ererbten Rechte mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Denn darüber soll vor der ganzen Welt kein Zweifel bestehen, daß die deutschen Ostmarken wie ein Mann aufstehen werden, um das Ererbe ihrer Väter, das ihnen geraubt werden soll, mit allen Mitteln zu verteidigen. Ein solcher Krieg in der Ostmark, den die Polen hier entzünden würden, wäre einer der furchtbarsten Vürgerkriege, den wir kennen. Im Angesicht der ehrenvollen Marienburg gewinnen wir aus der glorreichen Vergangenheit die Kraft, um uns heute zu dem Gelübde zu vereinen, Hart zu sein, um den Bruderkrieg der jüngsten Zeit zu vermeiden, als auch alle Opfer auf uns zu nehmen, um unsere Heimat vor Vertilgung zu retten.

Beschlüsse des Zentralrates.

Berlin, 28. Mai. Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik hat bei seinen Beratungen am 26., 27. und 28. d. Mts. die Einberufung eines Drei-Räte-Kongresses abgelehnt. Nur Friedensfrage hat der Zentralrat eine Entschlieung angenommen, die sich gegen die unerhöhten und unerfüllbaren Friedensbedingungen, die Freilassung aller Arbeitsmöglichten durch sie, die Abtreueung deutscher Gebiete gegen den Willen der Bevölkerung und das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und die darin liegende Entziehung unentbehrlicher Grundlagen seines wirtschaftlichen Lebens wendet und an die Arbeiterschaft der Verbändländer appelliert, im Interesse eines dauernden Friedens ihre Stimme gegen diese Vergewaltigung eines ganzen Volkes zu erheben. Von der deutschen Regierung und der Friedensdelegation erwartet der Zentralrat bessere Vorkläge, um die von uns anerkannten Ansprüche der Verbändländer zu erfüllen, und kräftige, positive politische Arbeit, um den Geist, der jetzt aus den Friedensbedingungen spricht, durch den Geist der Verlob-

nung in Verständigung zu erleben. Ferner hat der Zentralrat beschlossen, die preussische Staatsregierung, um Entschlieung eines Beschlusses über die Einmüchtung der Rheinlande und die Regierungen der übrigen deutschen Freistaaten um einheitliches Vorgehen mit der preussischen Regierung zu ersuchen, bis zu Durchführung der Verwaltungsreform über das System der politischen Arbeiterräte zur Sicherung der revolutionären Erzeugnisse in Wirksamkeit zu lassen. Die Behörden, bei denen die Kontrolle stattfindet, sollen die Arbeiterräte bezahlen. Schließlich wurde ein Antrag auf sofortige Ernennung eines neuen Unterstaatssekretärs im Kriegsministerium angenommen.

Die französischen und englischen Sozialisten.

Verailles, 28. Mai. Das Nationalkomitee der Confederation generale du Travail erörterte gestern nochmals das Friedensproblem und nahm schließlich mit allen Stimmen bei zwei Enthaltungen einen Antrag an, in dem erklärt wird, daß der Vertrag eine Verneinung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker sei, Gebiete in verkappter Weise annektiere, die Verpflichtung brüßlich der Gesellschaft der Nationen verweigere, zu den alten Bündnisystemen zurückkehre, die allgemeine Abtreueung unmöglich mache, den Kolonialismus fortsetze, daß ihm ein internationaler wirtschaftlicher Organismus fehle, daß er den wirtschaftlichen Krieg und die Blockade fortsetze, daß jede wahre internationale Arbeiterschaft im Vertrage fehle. Das Nationalkomitee verlangt schließlich eine Revidierung des Vertrages und erklärt, daß gereuen Grundfragen eines Friedens der Freiheit und Gerechtigkeit die Arbeiterklasse Frankreichs entschlossen sich verpflichte, sowohl durch eine nationale Aktion, wie durch gemeinschaftliche Anstrengungen mit den Arbeitern anderer Nationen auf die Verwirklichung eines wahren Völkerfriedens hinzuwirken. Die Delegation der französischen Gewerkschaften wird diesen Standpunkt auf der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam vertreten.

Haag, 28. Mai. Aus London wird gemeldet: Am Trafalgar Square fand eine Demonstration der sozialistischen Arbeiterorganisation statt, bei der Tom Mann eine Agitationsrede hielt. Nachdem er die Friedensbedingungen abgelehnt und gegen die Fortsetzung der Blockade Deutschlands Einspruch erhoben hatte, fuhr er fort: Die Arbeiter von Rußland haben alle Angelegenheiten erfolgreich in die eigenen Hände genommen. Auch wir müssen das gleiche tun. Ich predige öffentlich Revolution. Ich vertraue darauf, daß die Revolution im Anzuge ist.

Niederländische Stimmen.

Rotterdam, 28. Mai. Der „Nieuwe Rotterd. Courant“ veröffentlicht einen von vielen hervorragenden niederländischen Persönlichkeiten unterzeichneten Aufruf, in dem im Namen der Menschlichkeit und im europäischen Gesamtinteresse folgende Forderungen aufgestellt werden: 1. Sofortige unterirdische Rückführung aller Kriegsgefangenen und Internierten. 2. Umfangreiche und schnelle Zufuhr von Lebensmitteln, Viehfutter und Rohstoffen nach Mitteleuropa. 3. Vollkommene sofortige Wiederherstellung des freien Weltverkehrs ohne jede Beschränkung. 4. Der Friede darf in keiner Hinsicht die Fortsetzung des Krieges bedeuten.

Militärischer Druck.

Frankfurt, 29. Mai. In allen Orten Rheinheffens wurde eine Bekanntmachung der französischen Militärbehörden angehängt, die besagt, daß bei Eintritt des Kriegszustandes jeder Verkehr mit dem unbesetzten Gebiet aufhört, daß sämtliche Militärpflichtigen interniert und nach Frankreich gebracht werden, sobald einzelne den Versuch machen, über die Grenze zu gehen. Die Rheinbrücken sind für Fußgänger bereits gesperrt worden. Der „Frankfurter Zeitung“ wird von verschiedenen Zeiten mit Bestimmtheit versichert, daß die französischen Besatzungsbehörden seit heute früh die von ihnen bisher verbotene Warenzufuhr aus dem besetzten ins unbesetzte deutsche Gebiet völlig gesperrt haben.

Um die Pfalz.

Auf die wiederholten Nachweise staatsfeindlicher Betätigung der französischen Besatzungsbehörden in der Pfalz und auf die Proteste vom 23. und 24. Mai hat Marschall Foch der deutschen Waffenstillstandskommission am 27. Mai antworten lassen:

„Während der ganzen Dauer des Kriegszustandes hatten allein die Militärbehörden die Befugnis, zu beurteilen, ob die Treiberellen der deutschen Zivilbehörden gegen die Interessen der Besatzungstruppen sind oder nicht; insgedessen kann der Einspruch der deutschen Kommission nicht entgegengenommen werden.“

Sofort hat Reichsminister Erzberger durch den Vorstehenden in Spaa, Generalmajor Freiherrn von Hammerstein, erwidert:

In der Erklärung des Marschalls Foch, die General Ludan in der Sitzung vom 27. Mai vorlesen hat, wird abgelehnt, die deutschen Einsprüche vom 23. und 24. Mai gegen den Bruch des Waffenstillstandsabkommens in der Pfalz entgegenzunehmen. Diese Ablehnung hindert mich nicht, noch einmal vor aller Welt festzustellen, daß in der Pfalz durch die französischen Besatzungsbehörden fortgesetzte Akte der Vergewaltigung gegen das Völkerrecht und gegen das Waffenstillstandsabkommen verübt werden. In der Note vom 25. habe ich schon einen Teil der Proklamation des General Gerard vom 24. Mai 1919 aufgeführt, in der er politische und rechtmäßige Handlungen deutscher Behörden gegen Hochverräter als Mißbrauch ihrer Amtsbefugnis erklärt. In dieser Proklamation befindet sich nun auch der Satz: „Die französische Militärbehörde hat es bis jetzt vermieden, eine politische Propaganda, welcher Art sie auch sei, zu machen. Offenbar hat General Gerard bei der Abfassung dieser Proklamation nicht an die Möglichkeit ge-

Freitag
daß, daß
vom 1
28. 5. 19
Hätte er
nicht, daß
genommen
dem befan
in meiner
langten G
Zeit dieser

Auf
hendes, De
tionen au
folgende W
Die
igre Stellu
hendes von
daß die Au
rungen, als
kommen be
bedürfen, die
halten, nicht
deutsche Reg
Stimmung
sicherheit ihre
Eisenbahnun
sal der befe
nach länger
hat bereits
ausgeworfen
des Artikels
venu“ nach
zum bezeug
kommen, u
rechtlich sind
Infolg
ordnung de
und Stelle
dem Stand
Truppen,
land gehörr
Grenzen m

evange
Dresd
gellisch-lut
gellischen B
zusammen.
Direktors
berzahl im
daß der Ver
auf rund 18
land mit
Decken w
schlossene W
eine Offen
sucht war.
Richterrat
die Aufgab
ziehung in
kerie in erk
liche und o
haltung u
ligionsunt
Schle für
Zulassung
Rekommun
an, in der
luth. Schul
die drohen
kaufes dur
demokratis
Klärung G
Resolution f
und Gewisse
Parteien be
die Einführ
weise von
bestimmen.
das Recht de
und Religion
entgeltlich die
keit einer G
des Recht de
lesen Moral
wünschen. S
ein logenam
eines Komp
tung freier
tein Hind
erwartet mi
und Bekenn
festigkeit. B
ligionsunter
die Freigabe
Glaubensgen
Abwehr auf.